

## VIDEOKOLUMNE BLICK AUS BERLIN **KANN DEUTSCHLAND NAHOSTPOLITIK AUCH KONSTRUKTIV?**

FEBRUAR 2021 | POLITIK UND GESELLSCHAFT

**Die Abkommen zwischen Israel und mehreren arabischen Ländern bieten Chancen für Frieden und Stabilität im Nahen Osten. Doch das bisherige Verhalten der Bundesregierung lässt befürchten, dass Deutschland diese ungenutzt verstreichen lassen wird. Dabei wäre gerade jetzt die Gelegenheit günstig.**

Glück werden die sogenannten Kleeblatt-Gespräche Anfang dieses Jahres den Friedensbemühungen im Nahen Osten wohl nicht bringen. Deutschland, Frankreich, Ägypten und Jordanien trafen sich im noch jungen Gesprächs-Format in Kairo, um eine angestrebte internationale Friedenskonferenz zum israelisch-palästinensischen Konflikt vorzubereiten.

Man sollte meinen, dies sei angesichts der aufblühenden Beziehungen Israels zu den arabischen Staaten ein Leichtes - die Protagonisten müssten ja nur auf die aktuelle Welle aufspringen. Doch die europäischen Schwergewichte Deutschland und Frankreich geben sich größte Mühe, diese Entwicklungen zwar verbal zu loben, in ihrer Wirkrichtung aber zu konterkarieren. Ein Jammer um das große Potential, das dabei abgetrieben werden soll, hoffentlich aber nicht wird.

Die Abschlusserklärung der Kleeblatt-Gespräche liest sich wie die UN-Resolution 2334 von 2016, das vergiftete Abschiedsgeschenk Barack Obamas an Israel mit einer Verurteilung von Siedlungsbau und einer Anmahnung der „Grenzen von 1967“, die noch nie Grenzen waren und zudem Euphemismus für die totale strategische Auslieferung Israels sind. Diese Grenzen könnten militärisch nicht verteidigt werden.

Ausgerechnet der jüdische Staat wäre schutzlos - die Antithese seiner selbst. So werden nachträglich mühsam errungene Durchbrüche der vorigen US-Regierung wieder verbaut. Washington hatte die für unmöglich gehaltene Normalisierung zwischen einigen arabischen und dem jüdischen Staat hervorgebracht. Dabei fand sie einen Weg vorbei an gängigen Konventionen und Überzeugungen des westlichen Friedenslagers, die jetzt wieder aufgewärmt werden. Die vier Außenminister lassen damit vier Jahre positiver Entwicklungen außer Acht. Berlin will „zurück in die Zukunft“, warum nicht vorwärts? Heiko Maas sollte nicht versuchen, die Zeit zurückzudrehen, sondern an der Gestaltung der neuen Realitäten im Nahen Osten zukunftsorientiert mitwirken.



*Israel*



*Gemeinde*



*Gesellschaft*



Frieden im Nahen Osten braucht diesen echten „arabischen Frühling“, keine Rückkehr zur früheren Eiszeit. Deutschland kann einen konstruktiven Beitrag leisten und dann auch davon profitieren. Es waren die Israelis, die auf die Bundesregierung mit dem Angebot zukamen, ein gemeinsames, historisches Treffen mit den Außenministern Bahraïns und der Vereinigten Arabischen Emirate in Berlin abzuhalten. Ein diplomatisches Horsd'œuvre, noch lange kein Hauptgang, aber die Einladung steht offen.

Die neue Lage im Nahen Osten bietet der Bundesregierung viele Potentiale, die politisch, wirtschaftlich, energiepolitisch und diplomatisch erschlossen und ausgeschöpft werden wollen. Mit der Normalisierung haben Israel, die USA und die Vereinten Arabischen Emirate einen gemeinsamen Abraham-Fonds mit 3 Milliarden Dollar Startkapital gegründet. Israelische High-Tech, Start-Up-Kultur und Innovation trifft auf die Finanzkraft der Emiratis, die einen prall gefüllten Staatsfonds besitzen. Bereits jetzt investieren die Emiratis in den Ausbau israelischer Infrastruktur, etwa Pipelines oder Häfen. Denn sie wollen Israel als Transitland für fossile Brennstoffe in Richtung Europa nutzen und dabei das Nadelöhr des Suez-Kanals umgehen.

Vor etwa einem Jahr gründeten die Anrainerstaaten des östlichen Mittelmeeres, unter ihnen auch Israel und einige EU-Staaten, ein gemeinsames Gas-Forum. Sie wollen ihre Energiepolitik miteinander koordinieren. Daneben gibt es eine Kooperation zwischen Griechenland, Zypern und Israel im Energiebereich: Die East-Med-Pipeline, die als längste Pipeline der Welt das israelische Leviathan-Gasfeld über Zypern und Griechenland mit der EU verbinden würde. Seit Jahren steht die Pipeline auf der Liste der „Projekte von gemeinsamem Interesse“ der EU-Kommission. Es braucht Nachdenken, Vision und politischen Willen, um aus den Potentialen von heute Wirklichkeit werden zu lassen, aber die Möglichkeiten sind enorm. Mit der Normalisierungsbewegung zwischen Israel und arabischen Nationen sind alte Argumentationsmuster gegen die East-Med-Pipeline[1] zugunsten der Infrastrukturausrichtung auf ägyptische Flüssiggas-Häfen zunehmend hinfällig. Die Bundesregierung sollte der vielfach geforderten Streichung der East-Med von der Liste der EU-Kommission in diesem Jahr entgegenwirken und sich auf der Grundlage des Abraham Abkommens im Nahen Osten einbringen. Heiko Maas hätte in Kairo einen ersten Schritt tun können, Ägypten und Jordanien zu ermutigen, ebenfalls warmen Frieden mit Israel anzustreben, anstatt das Normalisierungs-Momentum zu desavouieren. So könnte das Kleeblatt tatsächlich noch Glück bringen.

Ein herzliches Grüß Gott und Schalom aus Berlin!

**Von: Josias Terschüren**

Christen an der Seite Israels e.V. Kontakt

Johannes-Kepler-Str. 4-6  
71083 Herrenberg  
VR 725413  
Amtsgericht Stuttgart

Fon: +49 7032 7846700  
Fax: +49 7032 7846584  
E-Mail: info@csi-aktuell.de  
www.csi-aktuell.de

Vorstand

Luca-Elias Hezel (1. Vorsitzender)  
Markus Neumann  
Ralf Hermann  
Dietmar Kern

Bankverbindung

Kasseler Sparkasse  
IBAN: DE28 5205 0353 0140 0002 16  
BIC: HELADEF1KAS